

22. September 2009

Pressemitteilung von Martina Bunge

Die Botschaft hör ich wohl ...

„Die Botschaft hör ich wohl – und möcht sie gerne glauben.“ Das stellte die Abgeordnete Martina Bunge zur Ankündigung von Kanzlerin Angela Merkel fest, sich für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzusetzen. Weiter erklärte die Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost:

„Eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West ist längst überfällig. Doch Zweifel sind bei solchen Ankündigungen angebracht, denn wir kennen sie schon zur Genüge. Sie kamen in den letzten Jahren von Frau Merkel ebenso wie aus der SPD, zum Beispiel von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidenten Erwin Sellering. Nur getan hat sich nichts. Auch im heutigen Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ lässt die Kanzlerin den Zeitpunkt der Angleichung ebenso offen wie die Konditionen, zu denen sie erfolgen soll.

Meine Fraktion, DIE LINKE, hat schon 2007 im Bundestag einen Antrag zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West vorgelegt. Es wäre also genügend Zeit für eine parteiübergreifende Lösung gewesen.

Bemerkenswert ist, dass die Kanzlerin endlich das Wohlstandsgefälle zwischen den Ruheständlern in Ost und West konstatiert. Um dies auszugleichen, müssten auch die zahlreichen Überführungslücken und Ungerechtigkeiten überwunden werden, die aus der Rentenüberleitung Anfang der 90er Jahre rühren und von denen viele Ostdeutsche betroffen sind. Für eine Lösung dieser Probleme hatte die LINKE insgesamt 17 Anträge eingebracht. Diese, wie auch der Antrag zur Angleichung des Rentenwertes, wurden von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir werden beobachten, was die neuerliche Ankündigung von Angela Merkel wert ist und in der neuen Wahlperiode Druck machen, damit den Worten endlich Taten folgen.“